

Arbeitslos – und dann?

michel pauly

36% mehr Arbeitslose als vor einem Jahr meldete die Oppositionszeitung *Tageblatt* im Juli 2003. Fast klang es nach einem Sommerlochthema, denn der Beitrag blieb eine Eintagsfliege. Im Mai erwähnte Premierminister Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage des Landes das Thema mit keiner Silbe. Seine Intervention beim Satellitenbetreiber SES gegen geplante Entlassungen war sozusagen eine Privatinitiative: Arbeitsmarktpolitik wird in Luxemburg mittels persönlicher Beziehungen geregelt, nicht aufgrund politischer Maßnahmen. Im Interview, das sie *forum* gewährte, meint auch die Direktorin des Arbeitsamts, ihre Verwaltung habe das Problem voll im Griff.

Bei der Präsentation des Staatsbudgets für 2004 verkündete der Budgetminister ein Einstellungsstopp für alle Verwaltungen (außer Polizei und Schule), doch die Folgen für den Arbeitsmarkt waren nicht einmal für die Opposition ein Thema. Selbst die Gewerkschaften üben kaum Kritik an der (nicht existierenden) Regierungspolitik gegen die steigende Arbeitslosigkeit. Solange keine großen Betriebe betroffen sind und spektakuläre Massenentlassungen drohen, ist das Thema uninteressant, um die für November anstehenden Sozialwahlen zu gewinnen: Arbeitslose haben dabei kein Wahlrecht.

Nun kann man mit Blick aufs Ausland in der Tat behaupten, 3,7% Arbeitslosigkeit seien nicht der Rede wert. Alle sind überzeugt, dass es sich ‚nur‘ um einen konjunkturellen Einbruch handelt, der bald schon wieder vergessen sein wird. Aber auch nachdem die ‚hohen‘ Arbeitslosenquoten von über 3% aus den Jah-



ren 1996-97 dank Hochkonjunktur wieder gefallen waren, blieb ein Arbeitslosensockel von über 2,5% der aktiven Bevölkerung. Wer das als gering betrachtet, hat sicher weltwirtschaftlich gesehen recht.

Die Betroffenen sehen das aber anders. Selbst in den Mittelschichten beginnt sich das Bewusstsein durchzusetzen, dass jeder betroffen sein kann. Arbeitslosigkeit droht nicht mehr nur dem portugiesischen Bauarbeiter. Gestern wurden Bankbeamten entlassen. Die Zahl der Arbeitslosen mit akademischer Ausbildung steigt. Aber immer noch gibt es bei manchen Zeitgenossen, die Frédéric Mertz beschreibt, die Einstellung: „Wer keine Arbeit findet, ist selber schuld.“

Gegen Vorurteile ankämpfen ist immer schwer. Wenn diese sich aber auch in staatlichen Strukturen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit widerspiegeln (vgl. Beitrag von Jos Freylinger), wird der Kampf, nicht nur gegen Vorurteile, sondern gegen falsche Strategien geradezu aussichtslos.

Es wird nämlich immer offensichtlicher, dass der Staat die Langzeitarbeitslosen und schwer Vermittelbaren den sog. Beschäftigungsinitiativen überlässt, die in den 80er und 90er Jahren aus dem Boden geschossen sind. Deren offizielles Ziel ist zwar die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, aber im Stillen scheint man sich damit abgefunden zu haben, dass das nicht realistisch ist.

Während das Arbeitsministerium für konjunkturelle Arbeitslosigkeit zuständig ist, betreut das Familienministerium diese Initiativen: aus Arbeitslosen werden Sozialfälle. Die Zahl der Obdachlosen nimmt zu, titelte das *Luxemburger Wort* am 9. August 2003.

Die Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte zeigt in der Tat, dass die Zeiten von 0% Arbeitslosen auch in Luxemburg seit Anfang der 1980er Jahre definitiv vorbei sind. Das ist eben nicht nur eine Konjunkturfrage. Die Arbeit wird einfach knapper in einem auf Profitmaximierung und Aktiengewinne ausgerichteten Wirtschaftssystem, in dem der Arbeitsfaktor der teuerste ist.

Premierminister Juncker weigert sich dennoch über neue Zeitmodelle (35-Stunden-Woche, kürzere Lebensarbeitszeit mit progressivem Einstieg ins Rentenalter, u. ä.) zu diskutieren unter dem Vorwand, a) dass Luxemburgs Wirtschaft ohnedies schon die Arbeitslosen aus ganz Saar-Lor-Lux-Wallonien beschäftigt, b) dass zur Finanzierung der zukünftigen Renten das Rentenalter eher erhöht als herabgesetzt werden muss.

Eine regionale Perspektive in der Arbeitsmarktpolitik lässt sich aber auch nicht erkennen. Genauso wenig eine nicht vom Besitzstanddenken beherrschte Rentendiskussion.

Mit den menschlichen Folgen der Arbeitslosigkeit – lesen Sie dazu den Beitrag einer ex-arbeitslosen Psychologin! – sind aber weder Minister noch Verwaltungen konfrontiert, sondern die genannten Beschäftigungsinitiativen. Drei davon stellen sich und ihre Arbeit im folgenden Dossier vor. Auffälligerweise haben die wenigsten auf unsere Frage geantwortet nach den Prioritäten und Zielen ihrer Tätigkeit: welchem Typ von Arbeitslosen wollen sie vorrangig ihre Hilfe anbieten, mit welchem Ziel, mit welchen Mitteln?

Die wenigsten scheinen auch den Werdgang ihrer ‚Schützlinge‘ nach deren Ausscheiden aus der Wiedereingliederungsmaßnahme zu verfolgen. Pragmatismus ist angesagt. Angesichts der drängenden Not und der steigenden Zahlen kann man den einzelnen Vereinigungen daraus sicher keinen Vor-

wurf machen. Doch langfristige Lösungen können sie unter diesen Umständen auch nicht darstellen. Dieses Vorgehen ohne Weitsicht soll nun aber von einem Gesetzesprojekt der Regierung definitiv verfestigt werden, den Jos Freylinger in seinem Beitrag analysiert. Wohl gibt es kritische Stimmen aus den Reihen der nicht zu sehr politisch bzw. gewerkschaftlich gebundenen Initiativen, doch letzten Endes werden sich wohl alle fügen. Der Geldhahn wird auch die paar Systemkritiker gefügig machen.

Die *forum*-Redaktion ist sich natürlich bewusst, dass auch sie mit diesem Dossier keinem Arbeitslosen eine Stelle verschafft. (Wenn das Kulturministerium allerdings nicht bald seinen Jahresbeitrag zahlt, riskieren wir in wenigen Wochen zwei Menschen entlassen zu müssen.) Vielleicht kann sie aber dazu beitragen, etliche Vorurteile abzubauen und Fragen über den parteipolitischen Alltag hinaus zu stellen. Denn es wird höchste Zeit, dass auch in Luxemburg die Arbeitslosigkeit zum politischen Thema wird.

Arbeitslosenstatistik

Eigentlich hatte die Redaktion auch einen Beitrag geplant, der die Arbeitslosen von heute beschreiben sollte. Die Direktorin des Arbeitsamt erlaubte uns aber kein Interview mit einem ihrer Mitarbeiter noch gestattete sie einem Beamten, einen Beitrag für uns zu schreiben. Wir wurden auf die Zahlen verwiesen, die im Internet über Arbeitslosigkeit in Luxemburg stünden. Die zu finden war allerdings nicht so einfach, denn sie stehen weder unter www.adem.lu noch unter www.statec.lu, sondern unter

www.gouvernement.lu/publications/download/ADEM_0603.pdf.

Das muss man zuerst rausfinden. Dann muss man die nötige Geduld haben (etwa vier Minuten), bis das farbige Dossier im pdf-Format geladen ist. Belohnt wird die Mühe mit den Zahlen von Juni 2003, obschon mittlerweile jene von Ende Juli 2003 bekannt sind.

Ende Juli 2003 lag die Arbeitslosenrate mit 7282 Menschen bei 3,7%. Das waren 3,3% mehr als im Juni 2003, aber vor allem 32,8% mehr als im Juli 2002. Nur in den Wintermonaten Januar und Februar 2003 hatte die Rate mit 3,8% der aktiven Bevölkerung darüber gelegen. Von den 7282 Arbeitslosen bezogen 3881 eine volle Arbeitslosenentschädigung, 2848 waren in einer ‚Beschäftigungsmaßnahme‘. Im selben Monat Juli 2003 waren 892 offene Stellen gemeldet.

Aus den im Internet für Juni 2003 veröffentlichten Zahlen seien einige herausgepickt:

Im Juni 2003 waren 54,2% der Arbeitssuchenden Männer, 45,8% Frauen.

17% hatten weniger als 26 Jahre, 45,2% waren zwischen 26 und 40, 25% zwischen 41 und 50, 14% über 50 Jahre alt.

18,2% hatten eine Ausbildung, die höher lag als das Abitur, waren also akademische Arbeitslose (im Juni 2002 waren das nur 16,2%).

23,3% der Arbeitslosen suchten seit mehr als 12 Monaten eine Stelle.

Nicht in Erfahrung zu bringen war der Wohnort der Arbeitssuchenden: Inland oder Grenzgebiet?